

Den folgenden Brief habe ich 27. Januar 2025, dem 80. Gedenktag an Shoah/Holocaust, verfasst und an einen engeren Kreis von Adressat:innen verschickt. Er wurde dann wenige Tage später in einem *Sondernewsletter* des Netzwerks *Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg* (Februar 2025) abgedruckt (dort auf S. 13f.) (vgl. <https://www.rassismuskritik-bw.de/sondernewsletter-zur-aktuellen-migrationsdebatte-im-bundestagswahlkampf-und-zu-einem-aufruf-des-netzwerks/> [11-02-2025])

---

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitstreitende,

heute ist der Holocaust-Gedenktag. Ich bin traurig darüber, dass damals so viel Schreckliches in solchen unfassbaren Ausmaßen und in dieser Grausamkeit geschehen ist, und ich trauere auch um meine niederländisch-jüdischen Familienangehörigen, die in Auschwitz-Birkenau zwischen 1942 und 1945 ermordet wurden. Ich habe sie nie kennengelernt, und auch nicht die Kinder und Kindeskinde, die vielleicht geplant waren, aber nicht mehr geboren werden konnten. Es sind viele aus unserer Familie verschwunden. Bestialisch ermordet.

Gleichzeitig bin ich auch traurig über die aktuelle Weltlage (die Liste ist lang: vom grausamen Angriff der antisemitisch-sexistisch-autoritären Organisation Hamas am 7. Oktober 2023, und dann dem Vorgehen der israelischen Armee im Gaza, wobei die Gewalt in beiden Fällen vor allem die Zivilbevölkerung betraf, und zuletzt die Einsätze der israelischen Armee auf der Westbank und dem triumphalen Gebaren der Hamas bei der Geiselfreigabe; vom Machtwechsel hin zu einem Mehr an Extremismus, Nationalismus und Populismus in den USA über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, der von den Machthabern in Moskau mit gezielten Schlägen gegen die Zivilbevölkerung geführt wird; von den vielen Hinrichtungen und der brutalen Unterdrückung im Iran bis hin zum andauernden Bürgerkrieg im Sudan und jetzt den schweren Kämpfe im Osten der Demokratischen Republik Kongo; usw. usw.). All diese Toten, ihrem Leben durch brutale Gewalt entzogen, all diese Verletzten, all diese Trauerenden ... .

Natürlich bin ich auch traurig angesichts der Geschehnisse in Europa und in Deutschland. In Europa beobachten wir z. B. den Regierungswechsel hin nach Rechtsaußen in den Niederlanden 2024 und vermutlich auch in Österreich 2025. Und in Deutschland nehmen z. B. in den letzten Jahren sowohl antisemitische als auch antimuslimische Ressentiments und Gewalttaten bis hin zum Mord zu (erinnert sei neben vielen anderen Taten an Halle 2019 und Hanau 2020). Die AfD erreicht 2024 bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen jeweils um die 30 Prozent. Und gleichzeitig gibt es immer wieder Gewalttaten,

die durch einen politisch-religiösen Fanatismus motiviert sind, einem Fanatismus, der auf problematische Lesarten des Islams zurückgreift, so etwa die tödlichen Messerangriffe in Duisburg (Anfang April 2023) oder in Solingen (Ende August 2024).

Daneben gibt es andere Gewalttaten im öffentlichen Raum, die sich *nicht* in dieser Weise einordnen lassen, zuletzt in Magdeburg und in Aschaffenburg. Und dazu dann die Reaktionen von den Wortführer:innen der politischen Parteien. Ich bin entsetzt.

Zugleich habe ich das Gefühl, dass alles, was ich im Verhältnis zum aktuellen Ernst der Lage tue, zu wenig ist. Und jetzt schreibe ich Euch, irgendwie hilflos, da es ja auch überflüssig ist, dass ich Euch dies schreibe, da Ihr vermutlich ohnehin so oder so ähnlich fühlt und denkt.

---

Ich habe eine Phantasie: Wenn wir *nicht* wüssten, dass der Gewalttäter von Aschaffenburg in Afghanistan geboren wurde, wenn wir also *nur* wüssten (was wir durch die Medien ja auch wissen, siehe z.B. Frankfurter Rundschau vom 24.01.2024), dass hier ein Verbrechen von einem psychisch instabilen Menschen verübt wurde, der in psychiatrischer Behandlung war, dann würden wir jetzt vermutlich über die Mängel bei den Behörden und vor allem im Gesundheitssystem reden. Es wäre eine Diskussion, so meine Hoffnung, die nochmal zeigen würde, dass (trotz hoher Kosten) die psycho-soziale und gesundheitliche Versorgung in Deutschland erhebliche Mängel hat. Vielleicht würde sich hier (nach und nach) auch etwas verbessern. Das würde allen gut tun.

Und ein wenig aus meiner Phantasie heraustretend: Ich verstehe auch nicht, warum es besser sein soll, wenn ein afghanischer Flüchtling, der psychisch krank ist und eine Gefahr darstellt, nach Bulgarien abgeschoben werden soll. Nach dem Motto: Soll er doch dort gewalttätig werden. Sind bulgarische Kinder weniger wert? Ist dies europäische Solidarität? Müsste Deutschland stattdessen nicht viel mehr in Prävention und sein Gesundheitssystem investieren und als insgesamt immer noch sehr reiches Land dazu beitragen, dass zumindest das Risiko, dass dieser Mann gewalttätig wird, so klein wie irgend möglich ist?

Aber ich habe noch eine weitere Phantasie: Nehmen wir an, dass wir wissen (was wir durch die Medien ja auch wissen; siehe z.B. Tagesspiegel vom 23.01.2025), dass das zweijährige Kind, das in Aschaffenburg vom Gewalttäter mit einem Messer getötet wurde, einen sog. ‚Migrationshintergrund‘ hat, genauso wie das kleine Mädchen, das durch die Messerstiche des Gewalttäters schwer verletzt wurde?

Stellen wir uns vor, dass Politiker:innen aller demokratischen Parteien sich in der Öffentlichkeit überaus betroffen zeigen und mit Nachdruck beklagen, dass ganz offenbar Familien nach Deutschland kommen, um hier Schutz zu suchen, stattdessen jedoch Kinder nach einer Gewalttat verlieren, dass es also für ihre Familien in Deutschland nicht sicher ist. Stellen wir uns vor, dass die Medien diese Äußerungen aufgreifen und daraus eine Hauptschlagzeile des Tages machen: „Schutz von marokkanischen und syrischen Familien in Deutschland muss verbessert werden!“

Die zuletzt genannte Phantasie erscheint in der gegenwärtigen Lage als sehr unwahrscheinlich. So etwas wird nicht passieren. Und bei der zuerst genannten Phantasie haben wir erlebt, dass vor allem über Migration und Verschärfungen des Asylrechts debattiert wird, kaum über das Gesundheitssystem und seine Mängel.

Was wir hier sehen: ‚Migrationshintergrund‘, ‚Flüchtling‘, ‚Ausländer‘ – oder wie in Aschaffenburg – afghanisch, marokkanisch, syrisch – lösen in der Politik und leider auch bei den demokratischen Parteien und vielen ihrer Wähler:innen Reflexe aus, die in *sehr einseitiger Weise* eine Bedrohung durch Migration und Migrant:innen hervorheben und gerade *nicht* das Schutzbedürfnis.

Das erste Statement des Bundeskanzlers Olaf Scholz, der bereits vor Jahren verkündete, dass „endlich im großen Stil“ abgeschoben werden muss (Titel der Wochenzeitschrift Spiegel vom 21.10.2023), betonte nach der Gewalttat in Aschaffenburg denn auch: „Das ist eine unfassbare Terror-Tat in Aschaffenburg“ (zitiert nach der Süddeutschen Zeitung vom 22.01.2025). Dabei hatte die Polizei zu diesem Zeitpunkt einen extremistischen Hintergrund schon ausgeschlossen. Und der Oppositionsführer Friedrich Merz will das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit verschärfen, gibt sich kompromisslos und legt eine Fünf-Punkte-Liste vor (AFP Deutschland 23.01.2025): „Wer diesen Anträgen zustimmen will, der soll zustimmen. Und wer sie ablehnt, der soll sie ablehnen. Ich gucke nicht rechts und nicht links. Ich gucke in diesen Fragen nur geradeaus.“ (Tagesschau vom 24.01.2025) Wissend, dass er eine Mehrheit im Bundestag zu diesen Plänen (<https://www.cdu.de/aktuelles/migration/politikwechsel-in-der-migrationspolitik/>) nur durch die Zustimmung der AfD erreichen wird, – also durch eine Partei, die vom Verfassungsschutz in Teilen als rechtsextrem eingeschätzt wird, den Holocaust als „Vogelschiss in der Geschichte Deutschlands“ verharmlost, auf ihrem letzten Parteitag den Begriff *Remigration* in ihr Programm aufgenommen hat (Deutschlandfunk vom 12.01.2025) und deren Vorsitzende einem Elon Musk

erklärt, dass Hitler in Wirklichkeit Kommunist (also links) und keineswegs rechts gewesen sein.

Entsetzliche Gewalttaten – wie vor Kurzem in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg – werden von demokratischen Parteien oft so kommentiert, dass sie im Ergebnis eine stereotypisierende Verallgemeinerung befördern, die sich insgesamt gegen Migration und Migrant:innen richtet. Dies ist aber nicht harmlos, im Gegenteil. Das Zusammenleben in der Gesellschaft und das politische Klima in Alltag und Öffentlichkeit ändert sich.

Nach solchen Gewalttaten kommt es regelmäßig auch zu Angriffen auf Migrant:innen und ihre Selbstorganisationen. Und die demokratischen Parteien sind hier nicht unschuldig. Oft unterstützen sie durch ihre Thematisierungen, Reden und Vorschläge solche Verallgemeinerungen. Ein bestimmtes Negativbild gegenüber *den* Migrant:innen verfestigt sich auf diese Weise weiter, anstatt ihm entgegenzuwirken. Dies wird im Alltag der Gesellschaft wirksam, erhöht die soziale Kälte, die Polarisierung, den Hass und die Aggressivität.

---

Roman Kent, polnisch-amerikanischer Shoah-Überlebender, der 2021 verstorben ist und lange Zeit Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, sagte einmal: „Das Wesen der Demokratie besteht zwar darin, dass die Mehrheit regiert, doch ihr Ethos besteht darin, dass die Rechte von Minderheiten geschützt werden.“ Offenbar sollen demnächst für manche Minderheiten die Rechte völlig abgeschafft werden, so dass es sie in Deutschland nicht oder kaum mehr gibt.

Vor dem Haus, in dem wir wohnen, liegen Stolpersteine, die an die Geschehnisse während des Holocaust auch in dieser deutschen Straße erinnern. Ich gehe hinunter, stelle eine weiße (windgeschützte) Kerze auf und lege weiße Rosen dazu. Eine winzige, fast unscheinbare Aktion. Einfach. Ohne Risiko. Ohne größere Bedeutung. Vom Balkon aus sehe ich dann, dass ein Vater mit seiner kleinen Tochter vorbeiläuft. Er hat es eilig und will weiter. Das Kind bleibt stehen und fragt den Vater, warum hier Blumen auf der Straße liegen und eine Kerze brennt. Es sieht so aus, dass der Vater versucht, es seiner Tochter zu erklären. Ich verstehe nicht genau, was er zu ihr sagt. Aber ich denke: Immerhin ... .

Frankfurt, den 27.01.2025

Rudolf Leiprecht